

- 1 **Die Linke Landesverband Saarland**
- 2 **2. Tagung des Landesparteitages 29. September 2025**
- 3 **A. Leitantrag**
- 4 **A.1. Das gute Leben für alle im Saarland!**
- 5 **Antragstellend: Landesvorstand Die Linke Saarland**
- 6 **Der Landesparteitag der Linken Landesverband Saarland möge**
- 7 **beschließen:**
- 8
- 9 **DAS GUTE LEBEN FÜR ALLE IM SAARLAND!**
- 10
- 11 **Einleitung**
- 12 Wohlstand für alle – das war mal der Wahlkampslogan der CDU und damit
- 13 verbunden ein politisches Versprechen auf das gute Leben für alle. Heute wirkt
- 14 das aus der Zeit gefallen. Heute hören wir von den etablierten Parteien völlig
- 15 andere Dinge: Wir sollen länger arbeiten, härter arbeiten, „den Gürtel enger
- 16 schnallen“ und vor allem – sparen, sparen, sparen! Heute verkünden die
- 17 Unternehmer und Regierenden nicht mehr Aufstieg, sondern Abstieg. Sie
- 18 fordern, wir sollen verzichten und uns einschränken – dabei wird gleichzeitig
- 19 mehr produziert, mehr erwirtschaftet, mehr Reichtum angehäuft als je zuvor.
- 20 Doch davon merkt die große Mehrheit der Bevölkerung nichts.
- 21 In dieser Schieflage liegt ein Kern unserer heutigen Krise. Und wo das
- 22 Glücksversprechen der bürgerlichen Demokratie gebrochen wird, wächst das
- 23 Misstrauen. Wo die Erfahrung des Mangels auf die Realität der Ungleichheit
- 24 trifft, entstehen Wut, Rückzug oder die gefährliche Hoffnung auf autoritäre
- 25 Lösungen. Die bürgerlichen Parteien haben sich stillschweigend von der Idee
- 26 verabschiedet, dass Politik das Leben der Vielen verbessern soll. Sie verengen
- 27 ihre Perspektive auf Märkte, Schuldenbremsen und Standortkonkurrenz – und
- 28 überlassen die Frage nach dem guten Leben der Esoterik, dem Individuum, das
- 29 es „ganz nach oben“ schaffen kann wenn er oder sie sich nur genug Mühe gibt,
- 30 oder einfach dem Zufall.
- 31 Die Linke aber hält fest: Das Glück ist politisch! Es geht um mehr als bloßes
- 32 Überleben, mehr als Arbeitsplatzsicherung oder Wachstumszahlen. Menschen
- 33 brauchen Sicherheit, ja, gerade soziale – aber dazu gehören auch Zeit,

34 Gemeinschaft, Sinn, Anerkennung, Fürsorge. Ein gutes Leben ist kein Privileg für  
35 wenige, sondern das Recht von uns allen. Wir verstehen das Glück nicht als  
36 privaten Eskapismus, sondern als kollektive Aufgabe: als Ziel einer Gesellschaft,  
37 die ihre Ressourcen, ihre Arbeit, ihre Zeit so organisiert, dass Menschen gut  
38 leben können.

39

40 Darum sagen wir: Die Linke muss wieder zur Partei des Glücksversprechens  
41 werden! Nicht im Sinne einer billigen Vertröstung, sondern als ernst gemeinte  
42 politische Verpflichtung. Eine Verpflichtung zur sozialen Sicherheit, die  
43 niemanden zurücklässt. Zur sozial-ökologischen Transformation, die nicht auf  
44 Verzicht setzt, sondern auf soziale Sicherheit, demokratische Mitbestimmung  
45 und eine bessere Zukunft. Zum Antifaschismus, der nicht defensiv reagiert,  
46 sondern aktiv gestaltet. Verbunden mit einer Kultur der Solidarität, die dem  
47 Hass den Boden entzieht.

48 Im Saarland, einer Region gezeichnet von Strukturbrüchen, industriellem  
49 Wandel und jahrzehntelanger Vernachlässigung, ist dieses Versprechen  
50 besonders dringlich. Doch gerade hier liegen auch die Chancen für eine neue,  
51 solidarische Erzählung: die Kraft der Vielen, das Wissen der Arbeiter:innen, der  
52 soziale Zusammenhalt, das Gefühl der Zugehörigkeit, das nie ganz  
53 verschwunden ist, darauf bauen wir unsere Politik auf.

54 Die Niederlage bei der Landtagswahl im Saarland 2022 hat uns deutlich vor  
55 Augen geführt, wie dringend wir unsere Arbeit und Strukturen landesweit  
56 stärken und die Streitereien hinter uns lassen müssen. Eine handlungsunfähige  
57 Linke können wir nicht nur uns, sondern auch den Menschen im Saarland nicht  
58 antun! Die Kommunalwahlen 2024 und die Bundestagswahlen 2025 haben  
59 einen positiven Trend gezeigt: Unsere Partei gewinnt wieder an Zuspruch und  
60 kann wichtige Erfolge feiern. Wir werden gebraucht! Viele neue Mitglieder  
61 setzen große Hoffnungen in uns, ebenso wie viele andere Menschen im  
62 Saarland. Diese Entwicklungen machen deutlich, dass wir aus unseren  
63 Erfahrungen lernen und uns als Landesverband weiterentwickeln müssen. Nur  
64 mit gut organisierten und aktiven Strukturen können wir die gewonnene  
65 Dynamik nutzen, um dauerhaft in der saarländischen Politik präsent zu sein und  
66 die soziale, ökologische und antifaschistische Politik, für die wir stehen,  
67 erfolgreich umzusetzen.

68 Im Saarland gilt es jetzt, diese positive Bewegung zu festigen und auszubauen –  
69 für eine linke Partei, die nah bei den Menschen ist und das Glücksversprechen

70 für alle wieder glaubwürdig macht. Dieser Leitantrag versteht sich nicht einfach  
71 als Programm, sondern als Einladung: zu einer politischen Offensive für das  
72 gute Leben. Für alle, nicht für wenige. Jetzt, nicht irgendwann.

73 Dafür streiten wir in den kommenden zwei Jahren und darüber hinaus:

74

## 75 **1. Mehr für die Mehrheit - Konsequent sozial!**

76 Die Linke im Saarland kämpft für eine Politik, die den Bedürfnissen der breiten  
77 Mehrheit gerecht wird. Also jener Mehrheit, die unter wachsender sozialer  
78 Ungleichheit, prekären Lebensverhältnissen, den massiv steigenden  
79 Lebenshaltungskosten und einer ungerechten Verteilung des gesellschaftlichen  
80 Reichtums leidet. Es sind die Menschen, die täglich in Pflege, Logistik,  
81 Gastronomie, Industrie oder der Versorgung von Angehörigen hart arbeiten,  
82 die gleichzeitig mit unsicheren Arbeitsverhältnissen, steigenden Preisen und  
83 mangelnder Absicherung konfrontiert sind. Die Politik der letzten Jahre hat auf  
84 diese Realität keine Antworten gefunden. Stattdessen wurde an einem System  
85 festgehalten, das Ungleichheit verstärkt, anstatt sie zu bekämpfen. Gerade  
86 deshalb braucht es eine grundlegende politische Neuausrichtung – hin zu einer  
87 konsequent sozialen Politik. Denn wer soziale Gerechtigkeit als Nebenthema  
88 behandelt, überlässt den sozialen Unmut den Falschen.

### 89 **Armut**

90 Das Saarland steht vor massiven sozialen Herausforderungen: Die Armutssquote  
91 liegt bei 16,5 % und damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Besonders  
92 alarmierend ist die Kinderarmut. Mehr als jedes vierte Kind wächst hier  
93 unterhalb der Armutsgrenze auf. In manchen Quartieren ist es sogar mehr als  
94 jedes zweite Kind. Das ist ein gesellschaftlicher Skandal in einem Land, das sich  
95 gerne als wohlhabend und gerecht präsentiert. Armut ist kein Schicksal,  
96 sondern politisch gewollt: Und das werden wir niemals hinnehmen! Der  
97 Landesverband wird in den kommenden zwei Jahren weiter einen landesweiten  
98 Aktionsplan zur konsequenten Bekämpfung von Armut im Saarland einfordern  
99 und an der Seite aller von Armut betroffenen Menschen stehen.

### 100 **Wohnen**

101 In den kommenden zwei Jahren werden wir aufzeigen: Wir sind die Partei der  
102 Mieter:innen! Ein zentrales Feld, auf dem sich soziale Ungleichheit besonders  
103 krass zeigt, ist der Wohnungsmarkt. In Städten wie Saarbrücken steigen die

104 Mieten seit Jahren und das um über 20 % in einem Jahrzehnt. Im Saarland spitzt  
105 sich die Wohnungsfrage immer weiter zu: Die Mieten steigen, der soziale  
106 Wohnungsbau stagniert, während immer mehr Wohnungen in Eigentum  
107 umgewandelt oder spekulativ leerstehen. Für viele Menschen wird das Zuhause  
108 zur finanziellen Belastung oder zur Quelle permanenter Unsicherheit. Doch  
109 diese Krise ist kein Naturgesetz, sie ist Ausdruck einer verfehlten Politik, die  
110 Wohnraum wie eine Ware behandelt und den Markt über das Gemeinwohl stellt.  
111 Denn die zentrale Ursache liegt tiefer: Die Wohnungsfrage ist im Kern eine  
112 Eigentumsfrage.

113 Solange Grund und Boden dem privaten Profit untergeordnet bleiben, wird  
114 über ihre Nutzung nicht nach gesellschaftlichem Bedarf, sondern nach  
115 Verwertungslogik entschieden. Wohnraum wird gebaut, wenn er Gewinne  
116 abwirft und nicht, wenn Menschen ihn brauchen. Die Folge: steigende Mieten,  
117 soziale Spaltung, Verdrängung und eine Stadtentwicklung, die sich nicht mehr  
118 an den Menschen orientiert, sondern an Renditezielen. Wir wollen diese Logik  
119 durchbrechen. Die Linke im Saarland setzt sich für eine radikale Kehrtwende in  
120 der Wohnungspolitik ein. Das heißt: Weg vom Markt, hin zum Gemeinwohl!  
121 Wohnen darf kein Anlageobjekt sein, sondern muss als öffentliches Gut  
122 organisiert werden.

123 Unsere Kernforderungen sind:

- 124 ● der massive Ausbau von dauerhaft gebundenem,  
125 gemeinwohlorientiertem Wohnraum in öffentlicher oder  
126 genossenschaftlicher Trägerschaft,
- 127 ● ein Zweckentfremdungsverbot, das Leerstand und spekulative  
128 Nutzung unterbindet,
- 129 ● ein Umwandlungsverbot für Miet- in Eigentumswohnungen, um  
130 Verdrängung wirksam zu stoppen,
- 131 ● eine landeseigene Förderung, die gezielt kommunalen und  
132 gemeinnützigen Wohnungsbau stärkt,
- 133 ● neue gesetzliche Rahmenbedingungen, die es Städten und  
134 Gemeinden ermöglichen, Boden und Wohnraum zu sichern, zu kaufen  
135 oder zu rekommunalisieren.
- 136 ● voller Einsatz für einen bundesweiten Mietendeckel

137 Diese Maßnahmen packen die Wohnungsfrage auf allen Ebenen an, wo sie  
138 politisch entschieden wird: auf kommunaler, auf Landes- und auf Bundesebene.

139 Denn das Saarland hat die Möglichkeit – und die Pflicht –, den Wohnungsmarkt  
140 aktiv zu gestalten und den Ausverkauf unserer Kommunen zu stoppen.

141 Wir sagen klar: Wohnen ist ein Menschenrecht. Öffentlicher Raum, Boden und  
142 Wohnraum gehören in die Hände der Vielen und nicht in die Portfolios einiger  
143 Weniger. Eine demokratische, soziale Wohnungspolitik bedeutet, Eigentum neu  
144 zu denken: nicht als Mittel zur Bereicherung, sondern als Verantwortung  
145 gegenüber der Gesellschaft. Für uns ist das keine abstrakte Idee, sondern Teil  
146 eines größeren Versprechens: das gute Leben für alle, mit Sicherheit, Teilhabe  
147 und einem Zuhause, das bleibt. In den kommenden zwei Jahren werden wir  
148 diese Forderungen mit einer landesweiten Kampagne und einer Volksinitiative  
149 begleiten. Für ein neues Wohnraumfördergesetz und konkrete Maßnahmen vor  
150 Ort. Denn Wohnen ist ein Menschenrecht und keine Ware!

## 151 **Mobilität**

152 Gleichzeitig ist auch der Zugang zur Mobilität eine ungelöste soziale Frage, die  
153 uns alle betrifft. Wer auf dem Land lebt, ist oft auf das Auto angewiesen. Eben  
154 nicht aus freier Wahl, sondern aus Mangel an Alternativen. Der öffentliche  
155 Nahverkehr ist teuer, unzuverlässig und entspricht vielerorts nicht den  
156 tatsächlichen Bedarfen. Mobilität darf jedoch nicht vom Einkommen abhängen.  
157 Wir fordern deshalb umgehend kostenlose Tickets für Schüler, Auszubildende,  
158 Studierende und Geringverdienende sowie einen massiven Ausbau des ÖPNV,  
159 insbesondere in ländlichen und dörflichen Räumen sowie die Reaktivierung  
160 wichtiger Bahnstrecken. Mittelfristig soll das Luxemburger Modell eines  
161 fahrscheinlosen ÖPNV etabliert werden. Nur so gelingt eine soziale und  
162 ökologische Verkehrswende, die allen zugutekommt.

## 163 **Gesundheit**

164 Auch bei der Gesundheitsversorgung zeigt sich, wie sehr der Zugang zu  
165 zentralen Lebensgrundlagen inzwischen von Wohnort und Einkommen  
166 abhängt. Längst gibt es im Saarland Regionen, in denen Hausärzt:innen fehlen  
167 und Facharzttermine zur Geduldsprobe werden. Besonders prekär ist die  
168 Situation vielerorts in der Geburtshilfe. Gesundheitsversorgung darf jedoch kein  
169 Luxus sein. Die medizinische Versorgung muss zurück in öffentliche  
170 Verantwortung und durch Gesundheitszentren im ganzen Land sichergestellt  
171 werden – wohnortnah, solidarisch und für alle zugänglich. Keine Klinik und kein  
172 Kreißsaal darf mehr schließen! Ein zentrales Anliegen ist die Einführung eines  
173 öffentlichen Verbundklinikums, das verschiedene Krankenhausstandorte im  
174 Saarland vernetzt und sowohl die Grundversorgung in der Fläche als auch

175 spezialisierte Leistungen sichern soll. Dieses Modell sollte sich am tatsächlichen  
176 Bedarf orientieren, unter öffentlicher Trägerschaft stehen und nach einem  
177 einheitlichen Tarifvertrag (TVöD) arbeiten; ohne Profitinteressen und mit dem  
178 Ziel, gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten zu garantieren. Zur  
179 Verbesserung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum fordert die Linke  
180 den Ausbau regionaler Gesundheitszentren, auch für psychisch Erkrankte, sowie  
181 neue Mobilitätskonzepte, um die Erreichbarkeit medizinischer Angebote zu  
182 erleichtern.

### 183 **Rente**

184 Die soziale Schieflage setzt sich bis ins Alter fort: Die Renten im Saarland liegen  
185 rund 10 % unter dem Bundesdurchschnitt. Viele Menschen, besonders Frauen,  
186 können im Alter kaum von ihrer Rente leben und sind von Altersarmut  
187 betroffen. Das ist Ausdruck eines Systems, das jahrzehntelange Arbeit nicht  
188 angemessen anerkennt. Wir fordern eine umfassende Rentenreform, die  
189 niemanden in Altersarmut zurücklässt. Der Ruhestand muss finanziell  
190 abgesichert sein. Eine Zwangsverpflichtung von Renter:innen zur Arbeit lehnen  
191 wir klar ab. Dafür muss sich das Saarland beim Bund endlich mehr einsetzen  
192 und eine laute Stimme für die Rentner:innen werden!

### 193 **Bildung**

194 Im Saarland hängt der Bildungserfolg noch immer stark von der sozialen  
195 Herkunft ab. Kinder aus wohlhabenden Familien haben deutlich bessere  
196 Chancen auf höhere Bildungsabschlüsse als Kinder aus prekären sozialen  
197 Strukturen. Das ist ungerecht und muss sich ändern. Wir setzen uns deshalb für  
198 eine Bildungspolitik ein, die Chancengleichheit schafft. Und das unabhängig  
199 vom Geldbeutel der Eltern. Bildung muss gebührenfrei sein – von der Kita bis  
200 zur Hochschule. Wir fordern kostenlose Schulmaterialien, ein kostenfreies  
201 Mittagessen in Kitas und Schulen sowie gebührenfreie Ausbildungen und  
202 Studiengänge. Gleichzeitig wollen wir die Bedingungen in Kitas und Schulen  
203 verbessern: durch kleinere Gruppen, mehr und besser bezahltes Personal,  
204 flächendeckende Ganztagsangebote, mehr Ressourcen für die wichtige  
205 Sprachförderung und eine verlässliche Schulsozialarbeit. Die Schulen müssen  
206 räumlich und personell für den Ganztags ausgestattet werden; gerade im  
207 Hinblick auf das kommende Recht auf Ganztag. Wir fordern die  
208 schnellstmögliche Schaffung zusätzlicher Kita-Plätze durch Neubauten und  
209 Erweiterungen sowie die Garantie kostenfreier Kitaplätze ab dem dritten  
210 Lebensjahr. Schulgebäude sind zu sanieren und auszubauen, um Lernen in

211 Containern zu beenden und Gebäude hitzeresilient an den Klimawandel  
212 anzupassen. Sozialarbeit muss ausgebaut und auch in Kitas fest verankert  
213 werden. Gemeinschaftsschulen sollen zum Standard im Bildungssystem  
214 werden. Dabei sind Inklusionsanforderungen klar zu definieren: mehr  
215 personelle und inhaltliche Differenzierung, eine gezielte Erweiterung der Aus-  
216 und Weiterbildung von Lehrkräften zu Themen wie Neurodivergenz, psychische  
217 Erkrankungen und traumasensible Pädagogik. Auch digitale Teilhabe ist für uns  
218 ein Bildungsgrundrecht. Der kostenlose Zugang für alle Kinder zu digitalen  
219 Endgeräten muss konsequent umgesetzt werden. Schulen benötigen Internet,  
220 moderne Infrastruktur und Konzepte für das digitale Lernen. Bei den  
221 Bildungsbedingungen müssen überholte Praktiken reformiert werden,  
222 beispielsweise die Praxis außerschulischer Hausaufgaben.

223 Und: Unser Bildungssystem soll nicht in erster Linie eine Fabrik zur Produktion  
224 neuer Fachkräfte sein, sondern ein Ort der Erziehung zur Mündigkeit. Die Linke  
225 im Saarland setzt sich deshalb für ein Bildungssystem ein, das  
226 Persönlichkeitsentwicklung, kritisches Denken und soziale Verantwortung in  
227 den Mittelpunkt stellt. Schulen sollen Orte des gemeinsamen Lernens und der  
228 Demokratie sein, nicht Selektionsanstalten. Dafür fordert die Linke den Ausbau  
229 der Gemeinschaftsschule zur Regelschule und die Stärkung demokratischer und  
230 inklusiver Strukturen im Bildungssystem. Schulen und Hochschulen sollen echte  
231 Bildungsräume werden, mit kritischer politischer, kultureller und ökologischer  
232 Bildung. Bildungseinrichtungen müssen endlich in aller Konsequenz inklusiv  
233 gestaltet werden.

#### **234 Bezahlbarer Alltag**

235 Der Alltag muss bezahlbar sein – das ist eine zentrale Forderung der Saar-  
236 Linken. Angesichts steigender Preise für Energie und Lebensmittel wollen wir  
237 spürbare Entlastungen und strukturelle Lösungen. Dazu gehört die Senkung  
238 oder Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, damit der  
239 Staat nicht an der Inflation verdient und gerade Menschen mit geringem  
240 Einkommen entlastet werden. Für den ländlichen Raum schlagen wir den  
241 Aufbau öffentlich unterstützter Dorfläden vor: kommunal oder  
242 genossenschaftlich organisiert, staatlich gefördert und sozial ausgerichtet.  
243 Diese Läden sollen nicht nur Grundnahrungsmittel zu fairen Preisen anbieten,  
244 sondern auch als Treffpunkte und multifunktionale Anlaufstellen dienen, etwa  
245 mit Postdiensten, Beratung oder Cafèbetrieb. So soll die Versorgung gesichert  
246 und das Leben auf dem Land gestärkt werden, gerade auch für ältere

247 Menschen. Auch bei der Energieversorgung fordert die Linke ein Verbot von  
248 Strom- und Gassperren sowie einen sozialen Energiepreisdeckel: Ein  
249 kostenloses Grundkontingent für alle, darüber hinaus gestaffelte Preise je nach  
250 Verbrauch. Energie soll zudem durch niedrigere Steuern und staatliche  
251 Zuschüsse bezahlbar bleiben. Wer Sozialleistungen bezieht, soll Heiz- und  
252 Stromkosten vollständig erstattet bekommen. Durch steuerliche Entlastungen,  
253 den Ausbau öffentlicher Nahversorgung und soziale Sicherungen bei Energie  
254 und Grundbedarf will die Linke den Alltag für alle bezahlbar machen: Verlässlich,  
255 gerecht und solidarisch.

256 Uns ist wichtig: All diese Themen sind keine Einzelprobleme, sondern Ausdruck  
257 eines grundlegenden politischen Versagens. Die soziale Spaltung wird nicht  
258 kleiner, sie wird tiefer. Und mit ihr wachsen Unsicherheit, Abstiegsängste und  
259 politische Entfremdung. Deshalb sagen wir klar: Der Kampf gegen Armut, für  
260 bezahlbares Wohnen, für soziale Sicherheit und eine gerechte Gesellschaft muss  
261 im Zentrum jeder politischen Strategie stehen. Wer die soziale Frage ignoriert,  
262 überlässt sie den Rechten und riskiert dabei unsere Demokratie gleich mit. Wir  
263 brauchen eine Politik, die sich nicht um Konzerne und Vermögende dreht,  
264 sondern um die Mehrheit der Menschen. Um alle, die arbeiten, leben, Kinder  
265 großziehen oder alt werden und dafür endlich den Respekt, die Sicherheit und  
266 die Teilhabe verdienen, die ihnen zustehen. Für Mehr für die Mehrheit.

267

## 268 **2. Für unsere bessere Zukunft - Transformation SOZIAL und 269 ÖKOLOGISCH!**

270 Die sozial-ökologische Transformation ist längst keine abstrakte Zukunftsvision  
271 mehr – sie findet bereits statt. Doch sie droht zu einer Sackgasse zu werden,  
272 wenn sie nicht konsequent mit sozialer Politik, echter demokratischer  
273 Mitbestimmung und klarer öffentlicher Verantwortung zusammen gedacht  
274 wird. Das Saarland steht am Scheideweg: Es kann Modellregion für eine  
275 gerechte und nachhaltige Zukunft werden – oder weiter den Strukturwandel  
276 und den damit einhergehenden Niedergang verwalten, statt ihn zu gestalten.  
277 Genau deshalb braucht es eine starke Linke, die als politischer Motor für diesen  
278 Wandel eintritt. Denn CDU und SPD, die seit Jahrzehnten in  
279 Regierungsverantwortung sind, bleiben in alten Mustern gefangen: Statt die  
280 soziale Frage ins Zentrum zu stellen, hängeln sie sich von Technologieförderung  
281 zu Industriegesprächen – oft ohne die Menschen wirklich mitzunehmen.  
282 Subventionen werden scheinbar ohne klares Konzept mit der Gießkanne

283 verteilt. Für Die Linke ist klar: Klimaschutz und Sozialpolitik gehören fest  
284 zusammen.

## 285 **Erneuerbare Energien**

286 Damit die sozial-ökologische Transformation gelingt, darf man sie nicht den  
287 Großkonzernen überlassen, die den Markt dominieren. Auch im Saarland zeigen  
288 Bürgerenergieprojekte, wie eine Energiewende von unten gelingen kann. Wenn  
289 Kommunen, lokale Akteure und Bürgergenossenschaften frühzeitig  
290 eingebunden werden, steigt die Akzeptanz für EE-Projekte erheblich. Außerdem  
291 bleibt ein größerer Anteil der Wertschöpfung in der Region, was nicht nur  
292 wirtschaftlich sinnvoll ist, sondern auch soziale Ungleichheiten abmildern kann.

293 Gleichzeitig ist aber auch klar, dass eine Deckung der Energiebedarfe der im  
294 Saarland ansässigen Industrie nicht allein durch regionale Produktion erreicht  
295 werden kann. Marktabhängigkeiten dürfen aber nicht dazu führen, dass  
296 Interessen der Industrie und der Arbeitsplatzsicherung gegen Interessen von  
297 Umwelt- und Klimaschutz abgewogen werden. Auch bei Energieimporten,  
298 insbesondere im Bereich Wasserstoff, braucht es daher einen klaren Fokus auf  
299 erneuerbare Energien. Solange grüner Wasserstoff knapp ist, muss eine  
300 priorisierte Verwendung für den Bereich der Stahlindustrie sichergestellt  
301 werden.

302 Eine Deckelung bzw. Subventionierung der Energiepreise ist für den  
303 Standorterhalt der saarländischen Stahlindustrie erforderlich, darf aber nicht  
304 mit der Gießkanne auf andere Industriebereiche ausgeweitet werden. Die  
305 Einführung eines Industriestrompreises muss daher allein der Sicherung des  
306 Industriestandortes und dem Erhalt guter tariflicher Arbeitsplätze dienen und  
307 nicht den Gewinnen von Konzernen und Aktionären. Dafür setzt sich Die Linke  
308 ein.

## 309 **Saarland klimafest machen**

310 Klimaschutz stellt insbesondere die Kommunen vor vielfältige  
311 Herausforderungen: Sie müssen einerseits ambitionierte Maßnahmen zur  
312 Reduktion von Treibhausgasen und zur Anpassung an die Klimafolgen  
313 umsetzen, verfügen dafür aber oft nur über begrenzte finanzielle und  
314 personelle Ressourcen. Hinzu kommt der Druck, schnell zu handeln, während  
315 viele Maßnahmen – etwa im Bereich der energetischen Sanierung, der  
316 Verkehrsplanung oder der Stadtbegrünung – langfristige Planungen,  
317 Koordination und die Einbindung verschiedenster Akteure erfordern. Besonders

318 herausfordernd ist es, dabei soziale Aspekte mitzudenken, um soziale Spaltung  
319 nicht zu verschärfen.

320 Besonders Menschen mit niedrigem Einkommen und von Armut betroffene  
321 Stadtteile leiden unter den Folgen des Klimawandels: Sie sind stärker von  
322 Hitzewellen betroffen, da es dort oft weniger Grünflächen und eine höhere  
323 Bebauungsdichte gibt, was die städtische Aufheizung verstärkt. Gleichzeitig  
324 fehlt es häufig an finanziellen Mitteln, um sich durch Klimaanlagen, gute  
325 Isolierung oder gesundheitliche Vorsorge zu schützen. Deshalb müssen  
326 öffentliche Investitionen in klimaresiliente Infrastrukturen – wie die Begrünung  
327 von Wohnquartieren, Förderung energetischer Sanierungen ohne Verdrängung,  
328 eine bessere Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr sowie gezielte  
329 Förderprogramme prioritär in benachteiligten Stadtteilen und Wohnquartieren  
330 erfolgen. Nur so kann Klimaschutz auch sozial gerecht und wirksam sein.

### **331 Solidarisches Wirtschaften**

332 Die großen Krisen unserer Zeit, soziale Ungleichheit, Klimawandel, Entwicklung  
333 zu einer ökonomischen Abstiegsgesellschaft, machen deutlich: Weder der Markt  
334 noch ein paternalistischer Staat garantieren Versorgungssicherheit und  
335 Teilhabe für alle. Stattdessen braucht es eine starke, solidarische  
336 Zivilgesellschaft. Gewerkschaften, engagierte Bürger:innen, soziale  
337 Bewegungen und gemeinwohlorientierte Initiativen müssen gemeinsam den  
338 Wandel gestalten. Es braucht alternative Formen des Wirtschaftens, die sich an  
339 einem guten Leben für alle ausrichten. Die untere Gesellschaftsebene,  
340 Stadtteile, Nachbarschaften, Betriebe, wird zum Ausgangspunkt für kollektive  
341 Selbstorganisation, Arbeiterselbstverwaltung und dezentrale  
342 Gemeinwohlökonomie. In Bereichen wie Wohnen, Energie, Ernährung und  
343 Gesundheit schaffen lokale Strukturen echte Alternativen. Damit füllen wir  
344 Demokratie neu mit Leben, statt sie nur zu verteidigen. Eine solche Bewegung  
345 kann nicht nur konkrete Hilfe leisten, sondern auch progressive Politik  
346 erneuern. Und das von unten nach oben, gegen den Rechtsruck, für eine  
347 solidarische Zukunft. Denn im Kontext von Klimawandel und multiplen Krisen  
348 muss Gerechtigkeit auch übergreifend in die kommenden Generationen  
349 gedacht werden.

350

### **351 Demokratie, Mitbestimmung, klare Zukunftsperspektiven**

352 Dabei ist längst klar: Eine rein wirtschaftlich-technokratische Transformation  
353 wird scheitern. Sie erzeugt Unsicherheit, Angst vor Arbeitsplatzverlust und  
354 Verteilungskonflikte, wenn sie nicht mit sozialer Absicherung, Beteiligung und  
355 einer neuen Vorstellung von Arbeit und gesellschaftlichem Zusammenleben  
356 verbunden wird. Gerade im Saarland, mit seiner industriellen Prägung und  
357 seinen großen sozialen Gegensätzen, ist eine gerechte Transformation keine  
358 Option, sonderneine Notwendigkeit.

359 Die Gewerkschaften und die Arbeitskammer des Saarlandes haben dazu klare  
360 Positionen: Sie fordern Mitbestimmung als zentrales Element des Wandels, das  
361 Recht auf Weiterbildung für alle Beschäftigten, sichere industrielle  
362 Wertschöpfung vor Ort und konkrete Pläne für eine sozial abgesicherte  
363 Umstellung auf neue Technologien wie Wasserstoff oder E-Mobilität. Mit dem  
364 Projekt TraSaar wurde ein erster Rahmen geschaffen, wie Qualifizierung,  
365 Mitgestaltung und Klimaschutz in Einklang gebracht werden können. Doch  
366 dieser Rahmen braucht politische Kraft, um mit Leben gefüllt zu werden – und  
367 die fehlt der Landesregierung. Vor allem fehlt es an einer konkreten Vision für  
368 die Zukunft des Saarlandes.

369 Die Linke hingegen will mehr: Wir wollen die ökologische Modernisierung  
370 verbinden mit einer demokratischen Neuordnung der Arbeitswelt und einer  
371 sozial gerechten Verteilung der Zeitressourcen. Statt Standortwettbewerb und  
372 Direktiven von oben fordern wir Beteiligung von unten: durch Fachkonferenzen,  
373 „Grüne Werkstätten“, politische Bildungsräume und die systematische  
374 Einbindung von Beschäftigten, Bürger:innen, Wissenschaft und  
375 Gewerkschaften.

376 Damit klar ist, dass eine Ausbildung im Saarland immer auch eine Zukunft hat,  
377 brauchen wir eine Ausbildungsgarantie nach Bremer Vorbild: Niemand darf  
378 beim Übergang von der Schule ins Berufsleben zurückgelassen werden. Wir  
379 fordern eine gesetzlich verankerte Ausbildungsgarantie: Jeder junge Mensch  
380 erhält ein Ausbildungsangebot, notfalls in öffentlich finanzierten  
381 Ausbildungsverbünden oder landeseigenen Einrichtungen. So sichern wir  
382 Fachkräfte, Perspektiven und soziale Teilhabe.

### 383 **Arbeit neu verteilen**

384 Ein zentraler Hebel für die Transformation ist der Kampf für  
385 Arbeitszeitverkürzung. Die IG Metall hat mit ihrer Forderung nach der 32-  
386 Stunden-Woche in der Industrie gezeigt, wohin der Weg gehen kann. Wir gehen  
387 noch weiter: Das Saarland soll Modellregion für eine 30-Stunden-Woche bei

388 vollem Lohnausgleich werden! Denn in einer Zeit, in der Digitalisierung und  
389 Automatisierung die Produktivität steigen lassen, ist es nur gerecht, wenn  
390 dieser Fortschritt nicht in Dividenden mündet, sondern in mehr Lebenszeit für  
391 alle. Zeit für Familie, Pflege, Bildung, gesellschaftliches Engagement oder  
392 einfach für Erholung. Das ist kein Luxus, sondern ein Ausdruck echter Freiheit.  
393 Eine Arbeitszeitverkürzung schützt Beschäftigte, verteilt Arbeit fair und macht  
394 den Wandel menschlich. Klar ist, dass eine Verkürzung der Erwerbsarbeit auch  
395 mit einem emanzipatorischen Arbeitsbegriff verbunden wird, der auch  
396 Tätigkeiten einschließt, die nicht direkt der kapitalistischen Verwertung  
397 zugeführt werden und im aktuellen Wirtschaftssystem unbezahlt und oft  
398 unsichtbar bleiben. Insbesondere denjenigen, die aufgrund der Verantwortung  
399 für andere heute nicht Vollzeit erwerbstätig sind, ermöglicht die Neuverteilung  
400 der Erwerbsarbeit auch eine Neuverteilung von Sorgearbeit. Wir verteilen  
401 weniger Arbeit nicht auf weniger Menschen, sondern lassen den Menschen die  
402 Produktivitätssteigerung endlich zugutekommen!

### 403 **Sozial-ökologische Transformation, Industrie der Zukunft**

404 Ernstgemeinter Klimaschutz ist untrennbar mit sozialer Gerechtigkeit  
405 verbunden und nur mit einem konsequenten Umbau der  
406 Produktionsverhältnisse gestaltbar. Die sozial-ökologische Transformation ist  
407 somit Teil eines Gesamtbildes einer linken Industrie- und Arbeitspolitik:

- 408     ● Die ökologische Mobilitätswende muss mit einem massiv  
409       ausgebauten, möglichst kostenlosen ÖPNV verbunden werden.  
410       Besonders im ländlichen Raum, wo die Menschen bislang abhängt  
411       sind.
- 412     ● Bürger:innenenergieprojekte und solidarische Landwirtschaft stärken  
413       regionale Wirtschaftskreisläufe, demokratische Beteiligung und den  
414       Klimaschutz zugleich. Sie müssen aktiv gefördert und entbürokratisiert  
415       werden; als Alternative zur energiepolitischen Fremdbestimmung  
416       durch Konzerne.
- 417     ● Energieversorgung, Gesundheitswesen, Wohnen und Mobilität  
418       gehören zur öffentlichen Infrastruktur. Ihre Rekommunalisierung  
419       sichert Versorgung, schafft demokratische Kontrolle und verhindert  
420       Profitorientierung auf Kosten der Allgemeinheit. Wir bleiben nicht  
421       stehen bei der Förderung von Genossenschaften im Energie-,  
422       Gesundheits-, Wohn- und Digitalwirtschaftssektor. Wir gehen einen  
423       Schritt weiter und fordern eine Modellregion Gemeinwohlökonomie

424 für das Saarland; inkl. Stabsstelle Wirtschaftsdemokratie im saarl.  
425 Arbeits- oder Wirtschaftsministerium und ein echter Beteiligungsfonds  
426 zur Schaffung von mehr Belegschaftsbetrieben.

- 427 ● Mehr Betriebe und wichtige Infrastruktur müssen in öffentliche oder  
428 genossenschaftliche Hände überführt werden. So schaffen wir  
429 demokratische Kontrolle, sichern Arbeitsplätze und ermöglichen  
430 nachhaltige, gemeinwohlorientierte Wirtschaftsentwicklung jenseits  
431 von Profitlogik und Spekulation.
- 432 ● Eine aktive Industriepolitik muss mit den Beschäftigten geschehen –  
433 mit tariflich gesicherter Qualifizierung, Mitspracherechten und  
434 massiven öffentlichen Investitionen in klimafreundliche, regionale  
435 Produktion.
- 436 ● Einen atmenden Industriestrompreisdeckel für die Stahlindustrie von  
437 6 ct/kWh für 80 % des Verbrauchs, gebunden an Tarifbindung,  
438 Standortgarantie, Klimaziele bis 2045, Anreize für Investitionen in  
439 erneuerbare Energien und staatliche Finanzierung ohne Mehrkosten  
440 für Verbraucher:innen.
- 441 ● Wir fordern einen armutsfesten Mindestlohn von mindestens 15 Euro  
442 ab 2026. Auch wenn der Mindestlohn bundesweit gilt, kann das  
443 Saarland durch eine konsequente Durchsetzung des Tariftreue- und  
444 Fairer-Lohn-Gesetzes im öffentlichen Sektor und bei öffentlichen  
445 Aufträgen bereits heute höhere Standards setzen, etwa durch stärkere  
446 Kontrollen der verbindlichen Tarifbindung bei landesfinanzierten  
447 Projekten. Für eine Stärkung des Lohnniveaus im Saarland stehen wir  
448 fest an der Seite der Gewerkschaften und setzen uns ein für den  
449 Ausbau öffentlicher und genossenschaftlicher Beschäftigung mit  
450 gesicherten Tarifen, gezielte Qualifizierungsförderung, eine Strategie  
451 zur Förderung zukunftsfähiger Branchen und mehr Mitbestimmung  
452 am Arbeitsplatz.
- 453 ● Strukturwandel darf nicht zu sozialem Abstieg führen. Wenn  
454 Industriearbeitsplätze im Zuge der Transformation wegfallen, braucht  
455 es neue Perspektiven für die Beschäftigten und einer Strategie zur  
456 Attraktivierung des Dienstleistungssektors; insbesondere verbunden  
457 mit einer deutlichen Aufwertung sozialer Berufe. Ein landeseigener  
458 Fonds soll Maßnahmen ermöglichen, um Übergänge abzufedern,  
459 neue Perspektiven zu schaffen und Standortentwicklung zu begleiten;  
460 gemeinsam mit Gewerkschaften, Betriebsräten und Kommunen. Das

461 schafft Sicherheit, stärkt Mitbestimmung und macht sozial-  
462 ökologische Transformation überhaupt erst möglich.  
463 Wir stehen für eine Transformation, in der nicht Wenige profitieren, sondern die  
464 Mehrheit. In der ökologische Verantwortung und soziale Sicherheit kein  
465 Widerspruch sind. In der Arbeit, Mitbestimmung und Lebenszeit gerecht verteilt  
466 werden. Das Saarland kann Vorreiter sein – für eine neue soziale Logik im  
467 Wandel. Aber das gelingt nur, wenn wir endlich den politischen Mut haben, den  
468 Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft konsequent ökologisch und sozial zu  
469 denken – und zu machen.

470

### **471 3. Stabil gegen Rechts – Krisen lösen wir nur solidarisch!**

472 Das Saarland steht heute an einem Scheideweg, geprägt von sozialen  
473 Verwerfungen, wirtschaftlicher Unsicherheit und einer wachsenden Kluft  
474 zwischen denen, die von der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion  
475 profitieren, und jenen, die in prekären Verhältnissen leben. Diese Spaltung ist  
476 kein Zufall oder Ergebnis einzelner Fehlentwicklungen, sondern Ausdruck der  
477 inneren Dynamik des Kapitalismus selbst. Die kapitalistische Gesellschaft  
478 vermittelt soziale Beziehungen durch die abstrakte Form von Eigentum, Wert  
479 und Kapital. Diese gesellschaftliche Form entfremdet reale Bedürfnisse und  
480 soziale Bindungen und setzt Eigentum als zentralen Hebel zur Sicherung von  
481 Macht und Zugang zu lebensnotwendigen Ressourcen. Solidarität ist unser  
482 stärkster Schutz gegen diese gesellschaftlichen Brüche, ob bei wirtschaftlichen  
483 Umbrüchen, pandemischen Herausforderungen oder dem Rechtsruck. Wir  
484 stehen für ein Saarland, das entschlossen gegen Antisemitismus, Rassismus,  
485 Antiziganismus, Sexismus und Queerfeindlichkeit kämpft. Denn Hass spaltet,  
486 Solidarität stärkt und nur gemeinsam können wir kapitalistische Krisen  
487 überwinden.

### **488 Antifaschismus**

489 Faschismus, Antisemitismus und Rassismus müssen wir konsequent bekämpfen  
490 und zwar in der politischen Praxis und in unser aller Alltag. Die Linke steht fest  
491 an der Seite antifaschistischer Organisationen im Saarland und unterstützt sie  
492 auch auf der Straße. Wir sind Teil eines gesellschaftlichen Bollwerks gegen den  
493 Rechtsruck und solidarisieren uns mit Antifaschist:innen, die staatlichen  
494 Repressionen ausgesetzt sind. Dazu gehört auch, dass wir als Partei eine  
495 kritische Erinnerungs- und Gedenkkultur pflegen und eine progressive  
496 antifaschistische Geschichtspolitik vorantreiben. Und das gerade im Saarland,

497 wo das oft noch zu kurz kommt und dem immer noch der Umgang mit der  
498 eigenen NS-Geschichte schwerfällt. Dafür müssen wir auch die Mittel für  
499 Gedenkarbeit und damit verbundene Bildungsarbeit im Saarland sichern und  
500 ausbauen. Nur den Besuch in einer Gedenkstätte zu versprechen, reicht nicht.

501 Die AfD ist eine unsoziale Partei, die mit ihrer Hetze gegen Minderheiten und  
502 Sozialpolitik auf Spaltung und Ungleichheit setzt. Sie ist eine direkte Bedrohung  
503 für Demokratie und jede Vision einer von Grund auf sozialen Gesellschaft. Die  
504 AfD ist auf keiner Ebene ein Partner, und wir fordern ihr Verbot als  
505 rechtsextreme demokratiefeindliche Partei. Kein Dialog, keine Kooperation! Wir  
506 stellen uns ihrer Hetze entschlossen entgegen und wehren ihren Einfluss in  
507 Parlamenten, Gemeinden und der Gesellschaft ab.

508 Unser Zeitalter des Populismus setzt auf einfache Parolen und spaltet die  
509 Gesellschaft, ohne echte Lösungen zu bieten. Wir als Linke im Saarland  
510 antworten dem mit fundierten, realistischen und sozialen Konzepten statt mit  
511 populistischen Versprechen. Populismus entsteht oft durch Ohnmachtsgefühle  
512 und Entfremdung von der Politik. Dem Entgegnen wir mit echter Partizipation,  
513 Transparenz und einer Politik, die Menschen einbezieht, statt ausgrenzt. So  
514 stärken wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt, demokratische Strukturen  
515 auf allen Ebenen und gewinnen Vertrauen zurück.

516 Antifaschismus heißt für uns auch: Soziale Sicherheit schaffen und eine  
517 machpolitische linke Alternative aufbauen. Die weltweiten Entwicklungen  
518 zeigen, dass wir autoritären Kräften nur mit einer starken demokratischen  
519 Alternative begegnen können. Antifaschistischer Kampf kann deshalb nicht auf  
520 den Kampf gegen rechte Ideologien begrenzt werden, sondern muss zugleich  
521 die kapitalistische Gesellschaftsordnung infrage stellen, die diese Ideologien  
522 ermöglicht und reproduziert. Dies ist keine Nebensache, sondern die  
523 Voraussetzung für eine solidarische Gesellschaft, die den sozialen  
524 Zusammenhalt stärkt und autoritären Kräften den Boden entzieht. Ein sozialer  
525 Staat, der armutsfeste Löhne garantiert, Arbeit neu organisiert, Bildung,  
526 Gesundheit und Mobilität als öffentliche Güter sichert, schafft die materielle  
527 Grundlage für demokratische Teilhabe und emanzipatorische Politik. Nur eine  
528 solche gesellschaftliche Transformation kann die Ursachen von Ausgrenzung,  
529 Rassismus und Rechtspopulismus nachhaltig überwinden. So entsteht  
530 gesellschaftlicher Zusammenhalt, der den zerstörerischen Kräften des  
531 Faschismus entgegentritt. Solidarität statt Konkurrenz ist das Fundament  
532 unseres Demokratieverständnisses. Die Linke will dabei nicht nur kritisieren,

533 sondern ein progressives, handlungsfähiges und breit verankertes Projekt  
534 entwickeln.

535 Eine rassismuskritische Verfassungsnovelle sowie Beauftragte gegen Rassismus  
536 und Antisemitismus sind erste kleine Bausteine. Doch wir wollen mehr: eine  
537 unabhängige Antidiskriminierungsstelle mit Verbandsklagerecht, nachhaltige  
538 finanzielle Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen und umfassende Bildung  
539 gegen Hass und Vorurteile.

540 Antisemitismus, Rassismus und Antiziganismus sind keine Randerscheinungen,  
541 sondern tief verwurzelte gesellschaftliche Probleme. Die Linke im Saarland  
542 begreift sie als systemische Herausforderungen, denen wir mit klarer Haltung  
543 und konkretem Handeln begegnen. Wir bekämpfen *jeden* Antisemitismus ob  
544 von rechts, aus der Mitte der Gesellschaft, aus migrantischen Milieus oder auch  
545 aus Teilen der Linken. Es darf keine Relativierungen geben. Wir fordern den  
546 Aufbau einer Forschungsgruppe zu Antisemitismus an der Universität des  
547 Saarlandes, um aktuelle Erscheinungsformen wie auch historische Kontinuitäten  
548 wissenschaftlich aufzuarbeiten. Polizei, Justiz und Verwaltung sollen  
549 verpflichtend zu Antisemitismus, Rassismus und Antiziganismus geschult  
550 werden. Die jüdischen Gemeinden im Saarland verdienen aktive Unterstützung,  
551 nicht nur durch Sicherheit, sondern auch durch strukturelle Förderung und  
552 politische Einbindung in Bildungs- und Erinnerungsarbeit.

553 Straßen mit kolonialer oder NS-Geschichte sollen umbenannt, neue Gedenk-  
554 und Lernorte geschaffen werden. Der Verfassungsschutz in seiner bisherigen  
555 Form gehört abgeschafft. Seine Aufgaben müssen zivilgesellschaftlich und  
556 demokratisch kontrolliert neu organisiert werden. Der Kampf gegen  
557 Antiziganismus muss eng mit den Perspektiven der Betroffenen geführt  
558 werden. Deshalb unterstützen wir ausdrücklich den Landesverband der Sinti  
559 und Roma im Saarland in seiner Arbeit gegen Diskriminierung, Ausgrenzung  
560 und für gleichberechtigte Teilhabe. Auch gerade demokratische und säkulare  
561 migrantische Communities, die sich für soziale Gerechtigkeit, Antirassismus und  
562 ein solidarisches Miteinander engagieren, sollen gezielt gefördert werden. Als  
563 wichtige Stimme im Kampf gegen Rassismus, rechten Populismus, religiösen  
564 Fundamentalismus und soziale Spaltung. Die Kriminalisierung der kurdischen  
565 Community durch verschiedene Behörden muss umgehend beendet werden.  
566 Mit einem Landes-Antidiskriminierungsgesetz wollen wir all jenen Rechte und  
567 Schutz geben, die heute oft allein gelassen werden und so ein Zeichen setzen  
568 für eine offene, demokratische und solidarische Gesellschaft.

569 **Feminismus**

570 Feminismus ist für uns ein unverzichtbarer Bestandteil im Kampf für ein  
571 solidarisches Saarland. Wir setzen uns für eine Politik ein, die patriarchale  
572 Strukturen abbaut, queere Lebensrealitäten sichtbar und sicher macht und die  
573 soziale Gleichstellung in den Mittelpunkt stellt. Feministische Politik bedeutet  
574 für uns: konsequenter Schutz vor Gewalt, echte Wahlfreiheit im Alltag und der  
575 Zugang zu Rechten und Ressourcen, unabhängig vom Geschlecht. Das Land  
576 trägt Verantwortung für zentrale Bereiche wie Gesundheitsversorgung, Bildung,  
577 Betreuung und soziale Infrastruktur. Diese Verantwortung muss feministisch  
578 wahrgenommen werden! Frauenhäuser, Schutz- und Beratungsstellen müssen  
579 dauerhaft finanziert und ausgebaut werden. Verhütungsmittel und  
580 Menstruationsartikel sollen kostenlos zugänglich sein, ebenso wie legale,  
581 kostenfreie und sichere Schwangerschaftsabbrüche, für deren Verwirklichung  
582 wir uns konsequent einsetzen werden. Kita- und Ganztagsbetreuung müssen  
583 flächendeckend ausgebaut und beitragsfrei sein, damit Vereinbarkeit von  
584 Familie und Beruf nicht am Geldbeutel scheitert. Vor allem nicht für  
585 Alleinerziehende oder Familien mit geringem Einkommen. Wer soziale Politik  
586 ernst meint, muss Feminismus immer mitdenken: beim Kampf gegen den  
587 Gender-Pay-Gap durch Lohntransparenz, bei geschlechtergerechter Bildung  
588 oder beim Zugang zu Gesundheitsleistungen. Feminismus darf keine Nische  
589 bleiben: Jede politische Entscheidung – ob in Haushalt, Verkehr oder  
590 Wohnraumförderung – muss auf ihre Auswirkungen auf  
591 Geschlechtergerechtigkeit geprüft werden. Wir fordern dafür eine Perspektive,  
592 die auch Mehrfachdiskriminierung etwa durch Armut, Rassismus, Behinderung  
593 oder Queerfeindlichkeit erkennt und bekämpft. Öffentliche Räume, Verkehr und  
594 Bildungseinrichtungen müssen so gestaltet sein, dass FLINTA-Personen sich  
595 sicher und frei bewegen können. Eine feministische Sicherheitspolitik schützt,  
596 ohne zu kontrollieren oder auszugrenzen. Feministische Errungenschaften  
597 stehen unter Druck – von rechts, aber auch aus der politischen Mitte. Wir stellen  
598 uns Antifeminismus entschlossen entgegen egal ob er offen daherkommt oder  
599 verkleidet als angeblich ‚neutraler‘ Rückschritt.

600 **Gegen Militarismus**

601 Antimilitarismus auf Landesebene bedeutet für uns mehr als nur Apelle: Wir  
602 lehnen die Wehrpflicht ab und unterstützen die Proteste dagegen. Zudem  
603 fordern wir die Vergesellschaftung der Rüstungsproduktion, um sie  
604 Profitinteressen zu entziehen und stattdessen demokratisch kontrollierte

605 Produktion für friedliche Zwecke zu sichern. Die Linke Saar lehnt die Ausweitung  
606 der Rüstungsindustrie im Saarland klar ab. Arbeitsplätze dürfen nicht durch  
607 Panzerproduktion gesichert werden, sondern durch soziale, ökologische und  
608 zivile Industriepolitik. Öffentliche Gelder sollten in Bildung, Gesundheit und  
609 nachhaltige Technologien fließen und nicht in Kriegsgerät. Wo bereits  
610 Rüstungsbetriebe bestehen, fordert Die Linke eine strikte öffentliche Kontrolle  
611 über deren Förderung, Produktion und Exporte. Wir setzen uns für ein  
612 Werbeverbot der Bundeswehr an Schulen ein, damit junge Menschen nicht mit  
613 militärischer Propaganda konfrontiert werden. Außerdem soll das Saarland als  
614 Friedensregion sichtbar werden, etwa durch die Einführung des 8. Mai als  
615 gesetzlichen Feiertag und die Umbenennung von Straßen nach  
616 Antifaschist:innen statt Militarist:innen.

## 617 **Migration und Flucht**

618 Das Saarland braucht einen Kurswechsel in der Migrations- und Asylpolitik.  
619 Unter der aktuellen SPD-geführten Landesregierung sind die Abschiebebezahlen  
620 deutlich gestiegen – teils wurden Menschen in unsichere und  
621 lebensgefährdende Regionen abgeschoben. Wir fordern ein aktives Eintreten  
622 des Saarlandes für ein gesichertes Bleiberecht und gegen Abschiebungen in  
623 Krisengebiete. Abschiebungshaft lehnen wir ebenso ab wie die Ausgabe von  
624 Sachleistungen und die Einführung der Bezahlkarte. Statt zentraler  
625 Massenunterkünfte setzen wir uns für dezentrale und menschenwürdige  
626 Unterbringung ein. Sprachkurse und gesellschaftliche Teilhabe müssen allen  
627 Geflüchteten offenstehen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Das Projekt  
628 „Together at Work“ in seiner jetzigen Form lehnen wir ab, weil es zu faktischer  
629 Zwangarbeit führt. Stattdessen fordern wir eine frühzeitige Arbeitserlaubnis ab  
630 dem ersten Tag. Asylverfahren müssen beschleunigt, fair und im Sinne des  
631 Schutzes der Betroffenen ausgestaltet werden. Das Saarland muss eine aktive  
632 Rolle für eine solidarische, menschenrechtsbasierte Migrations- und Asylpolitik  
633 einnehmen.

634 Die Landesregierung zeigt sich oft halbherzig und zögerlich in diesen Fragen.  
635 Die Linke hingegen steht ohne jeden Zweifel für eine solidarische Politik,  
636 die stabile Gegenkräfte zum Rechtsruck bildet und die Krisen sozial löst. Für ein  
637 Saarland in dem alle ohne Angst verschieden sein können.  
638 Für alle unsere Themen gilt: Eine konsequent soziale, ökologische,  
639 antifaschistische und zukunftsähnliche Politik ist nur machbar, wenn man den Mut  
640 hat, finanzpolitische Weichen neu zu stellen. Die Schuldenbremse ist in ihrer

641 jetzigen Form ein Investitionsverbot zulasten der Zukunft. Sie verhindert  
642 dringend nötige Ausgaben und zementiert so die soziale Spaltung. Wir kämpfen  
643 für ihre Abschaffung auf Bundesebene und für alle verfügbaren Spielräume im  
644 Saarland. Denn: Auch das Land kann bereits heute mehr tun, etwa über  
645 landeseigene Investitionsgesellschaften, Sondervermögen oder durch eine  
646 sozial gerechte Steuerpolitik auf allen Ebenen, die gerade hohe Vermögen und  
647 Gewinne stärker heranzieht.

648 Zudem braucht es endlich eine echte Entschuldung der saarländischen  
649 Kommunen. Viele Städte und Gemeinden sind finanziell handlungsunfähig,  
650 obwohl sie jetzt investieren müssten. Wer Gleichwertigkeit der  
651 Lebensverhältnisse will, muss Kommunen finanziell stärken, nicht mit neuen  
652 Auflagen, sondern mit struktureller Hilfe. Das Saarland muss hier klaren Druck  
653 auf den Bund ausüben und zugleich selbst gezielt gegensteuern beispielsweise  
654 mit einem eigenen Landesfonds zur Unterstützung kommunaler Investitionen in  
655 soziale Daseinsvorsorge.

656

#### 657 **4. Eckpunkte zur organisatorischen Weiterentwicklung unseres 658 Landesverbandes**

659

660 **Einbindung neuer Mitglieder und Sympathisant:innen:** Im Saarland bietet  
661 sich der Linken nun die einmalige Gelegenheit, sich nicht nur politisch neu zu  
662 positionieren, sondern auch strukturell einen echten Neuanfang zu wagen. Der  
663 letzte Parteitag war ein Wendepunkt: Die personelle Neuaufstellung und die  
664 erfolgreiche Verjüngung des Vorstandes haben einen klaren Signalwert gesetzt.  
665 Wir setzen jetzt auf eine solidarische und kollegiale Verbandsarbeit, die in der  
666 Vergangenheit oft zu kurz kam. Es ist an der Zeit, dass wir als (noch) kleine  
667 Partei im Saarland gestärkt aus diesen Herausforderungen hervorgehen und  
668 einen klaren Kurs für die Zukunft setzen. Um unsere Mitglieder und  
669 Sympathisant:innen besser einzubinden, wollen wir regelmäßige Formate  
670 etablieren, die auch die Möglichkeit geben, sich aktiv einzubringen und an  
671 politischen Diskussionen und Entscheidungen mitzuwirken. Gleichzeitig  
672 unterstützen wir bestehende und neue Landesarbeitsgemeinschaften, in denen  
673 sich Mitglieder mit ihren jeweiligen Interessen und Kompetenzen engagieren  
674 können und ermutigen Neumitglieder dazu sich einzubringen. Wir unterstützen  
675 die Kreis- und Ortsverbände bei der Einbindung neuer Mitglieder nach unseren  
676 Möglichkeiten.

677 **Kommunikation und politische Arbeit:** Die politische Arbeit im Saarland muss  
678 klar, transparent und auf Augenhöhe mit den Menschen geführt werden. Wir als  
679 Landesverband können dabei besonders punkten: Die Neuaufstellung gibt uns  
680 die Chance, nicht nur inhaltlich, sondern auch kommunikativ einen klaren  
681 Schnitt zu machen. Es geht jetzt darum, unser politisches Profil zu schärfen und  
682 klarzustellen, dass wir als Linke im Saarland eine Partei sind, die den Menschen  
683 zuhört und konkrete Lösungen bietet.

684 **Bündnisse mit der Zivilgesellschaft stärken:** Eine engere Kooperation mit  
685 Gewerkschaften, der Klimabewegung, antifaschistischen und feministischen  
686 Akteuren, Kultur und Wissenschaft ist unerlässlich. Die Linke muss ein fester Teil  
687 gesellschaftlicher Bewegungen sein, um gemeinsam progressive  
688 Veränderungen voranzutreiben. Ich möchte deshalb unsere Bündnisse und  
689 Netzwerke weiter ausbauen, wieder reaktivieren und neu begründen.

690 **Politische Bildung voranbringen:** Wir brauchen eine politische  
691 Bildungsinitiative im Landesverband, die Mitglieder und die Öffentlichkeit zu  
692 sozialen, theoretischen und politischen Themen aufklärt und mobilisiert. Dafür  
693 sind für mich drei Elemente zentral: 1. Einmal im Jahr soll es ein eintägiges  
694 Bildungsforum geben mit Workshops, Diskussionen und Vorträgen zu einem  
695 spezifischen Überthema. 2. Grundlagen von Theorie können niedrigschwellig  
696 landesweit über Webinare online oder in Präsenzworkshops stattfinden und  
697 angeboten werden. 3. Regelmäßige inhaltliche Veranstaltung zu einzelnen  
698 Themen z.B Wohnen, am besten mit einem konkreten Bezug vor Ort.

699 **Links stark in den Kommunen - Partei der Städte und des ländlichen  
700 Raumes sein:** Gerade als kleine Partei im Saarland müssen wir eine starke  
701 kommunale Verankerung aufbauen. Die Erfahrungen unserer  
702 Mandatsträger:innen sind hier besonders wertvoll, da sie ein tiefes Wissen  
703 darüber haben, wie Politik vor Ort funktioniert und was die Menschen wirklich  
704 bewegt. Gleichzeitig können wir neue Mitglieder besser in die kommunale  
705 Arbeit einbinden. Wir setzen auf eine stärkere Verbindung zwischen den  
706 Ortsverbänden, der Landesebene und einer zukünftigen Fraktion im Landtag.  
707 Der Erfolg unserer Partei im Saarland wird maßgeblich davon abhängen, wie  
708 gut wir es schaffen, die lokale Verankerung zu stärken und den Menschen auf  
709 den Dörfern und in den Städten klare Perspektiven zu bieten.

710 **Mehr UND besser - Digitalisierung und Öffentlichkeitsarbeit:** Unsere  
711 gelungene Neuaufstellung ermöglicht uns auch eine stärkere Ausrichtung auf  
712 moderne Kommunikationsformen. Der Fokus auf Digitalisierung wird nicht nur

713 unsere Mitglieder besser einbinden, sondern uns auch ermöglichen, eine  
714 breitere Öffentlichkeit zu erreichen. Gerade unsere jüngeren Mitglieder haben  
715 klare Vorstellungen davon, wie wir die Digitalisierung nutzen können, um  
716 unsere Botschaften effektiv zu verbreiten und die Partei für neue Mitglieder  
717 attraktiver zu machen. Gleichzeitig müssen wir die Erfahrung älterer Mitglieder  
718 in der Öffentlichkeitsarbeit und der klassischen politischen Kommunikation  
719 einbeziehen, um ein ausgewogenes und umfassendes Kommunikationskonzept  
720 für alle Generationen zu entwickeln. Indem wir die digitale Welt mit der realen  
721 verknüpfen, können wir auch im Kampf gegen Rechts und die wachsenden  
722 gesellschaftlichen Spaltungen als Partei des Widerstands und der Hoffnung  
723 auftreten. In einer Zeit, in der rechte Kräfte mit populistischen Parolen  
724 versuchen, die Gesellschaft nach rechts zu rücken, sind wir die Partei, die  
725 zusammenführt und klare Grenzen setzt egal ob auf dem Marktplatz oder auf  
726 TikTok.

727 **Jugendansprache und Unterstützung des Jugendverbands:** Ein zentraler  
728 Punkt unserer Arbeit ist die Unterstützung des Jugendverbands. Die Linke im  
729 Saarland ist bereit, der jungen Generation endlich den Platz und die  
730 Rückendeckung zu geben, die sie braucht. Wir können es uns nicht leisten, die  
731 Potenziale der Jugend zu verschenken. Der Jugendverband wird mit voller  
732 Rückendeckung seitens der gesamten Partei rechnen können, sei es durch  
733 direkte Unterstützung bei Veranstaltungen, finanzielle Unterstützung,  
734 politischer Rückendeckung oder Ressourcen, die für Projekte und Initiativen  
735 notwendig sind. Die frische Energie der jungen Mitglieder, gepaart mit der  
736 Erfahrung der älteren, wird es uns ermöglichen, als Partei die nächste  
737 Generation zu erreichen und für eine progressive Zukunft zu gewinnen. Das  
738 Saarland hat eine junge, engagierte Bevölkerung, die ein entscheidender Faktor  
739 für unsere politische Arbeit sein wird. Sie sind die Menschen, die die  
740 sozialökologische Transformation vorantreiben können und die Vision einer  
741 gerechten Gesellschaft in die Tat umsetzen werden.

742 **Bessere Verzahnung unserer Strukturen:** Besonders als kleiner  
743 Landesverband im Saarland haben wir den Vorteil, dass wir flexibel arbeiten  
744 können. Unsere Mitglieder bringen unterschiedliche Erfahrungen aus  
745 verschiedenen Bereichen mit und verstehen, wie wichtig es ist, dass alle Teile  
746 des Verbands – von den Ortsverbänden über die Kreisverbände bis hin zur  
747 Landesebene – miteinander arbeiten. Das gibt uns die Möglichkeit, eine engere  
748 Zusammenarbeit zu etablieren, die auf Vertrauen und gegenseitiger  
749 Unterstützung basiert.

750 **Revolutionäre Freundlichkeit:** Unsere Bundespartei hat es vorgemacht. Wir  
751 brauchen einen politischen Stil, der radikale gesellschaftliche Veränderungen  
752 mit einem respektvollen, empathischen und dialogorientierten Umgang  
753 verbindet, nach innen wie nach außen. Intern bedeutet das, solidarisch,  
754 kritikfähig und respektvoll miteinander umzugehen, auch bei  
755 Meinungsverschiedenheiten. Nach außen richtet sich das Prinzip an die  
756 Gesellschaft: Statt Feindbilder zu bedienen, setzt die Partei auf Überzeugung  
757 durch Zuhören, Aufklären und gemeinsame Lösungen.

758

759

## 760 **5. Konkret, knapp, auf den Punkt: Unsere Ziele für 2025-2027**

761

762

### 763 **● Mitgliederstärke und Mitgliederbindung:**

764 Die Linke im Saarland soll auch bis 2027 und darüber hinaus weiterhin  
765 kontinuierlich wachsen. Wir setzen auf die Erweiterung unserer  
766 Mitgliedschaft und eine stärkere Einbindung aller Mitglieder in unsere  
767 politische Arbeit. Besonders wichtig ist uns, eine starke, offene und  
768 solidarische Mitgliederstruktur zu schaffen, die durch regelmäßige  
769 Veranstaltungen, Austausch und Mitbestimmung lebendig bleibt.  
770 Gleichzeitig werden wir den Fokus verstärkt auf die Nutzung von Social  
771 Media legen, um jüngere Zielgruppen anzusprechen, unsere Inhalte  
772 zeitgemäß zu kommunizieren und die politische Arbeit noch breiter und  
773 direkter zugänglich zu machen.

774

### 775 **● Kommunale Verankerung nutzen:**

776 Unser Ziel ist es, die Linke auf kommunaler Ebene stärker zu verankern  
777 und als feste politische Kraft in den Städten und Gemeinden des  
778 Saarlands sichtbar zu machen. Wir setzen auf kontinuierliche Arbeit vor  
779 Ort, um das Vertrauen der Menschen zu gewinnen und die Partei in den  
780 Stadt- und Gemeinderäten fest zu etablieren. Wir wollen, dass die Linke in  
781 den Kommunen als verlässliche und glaubwürdige Alternative auftritt, die  
782 den Menschen konkrete Perspektiven bietet und sich für eine gerechte,  
783 solidarische Entwicklung vor Ort einsetzt.

784

### 785 **● Stärkung der landespolitischen Präsenz und Landtagsergebnisse:**

786 Wir leisten die notwendige politische Arbeit, um bei den Landtagswahlen

787 2027 in Fraktionsstärke wieder in den saarländischen Landtag  
788 einzuziehen. Wir wollen zur Landtagswahl als soziale Opposition mit  
789 konkreten Vorschlägen auftreten und unsere Präsenz massiv ausbauen.  
790 Dabei hängt unser Erfolg nicht nur vom Wahlkampf im Wahljahr ab,  
791 sondern von unserer kontinuierlichen Arbeit und der Klarheit unserer  
792 Positionen in den Jahren davor und danach.

793

794 **● Konkrete, linke Antworten auf die Herausforderungen des  
795 Saarlandes:**

796 Unsere Politik muss greifbare, konkrete Antworten auf die drängenden  
797 Fragen der Menschen im Saarland bieten. Wir setzen uns dafür ein, dass  
798 linke Politik nicht nur in abstrakten Begriffen, sondern in den täglichen  
799 Lebensrealitäten der Menschen vor Ort ankommt. Dabei geht es uns  
800 nicht nur um die Kritik am ewigen kapitalistischen "Weiter so", sondern  
801 um eine überzeugende und handlungsfähige Alternative, die durch  
802 sichtbare und spürbare Politik in Stadt und Land umgesetzt wird. Wir  
803 entwickeln mit den Menschen eine Perspektive, die ihre Bedürfnisse ernst  
804 nimmt und eine soziale Zukunft für alle ermöglicht.

805

806 **● Schwerpunktsetzung auf zentrale Themen und  
807 Programmentwicklung:**

808 Die Linke im Saarland setzt klare inhaltliche Schwerpunkte für die  
809 kommenden Jahre. Wir kämpfen für Mehr für alle - mit besseren Löhnen,  
810 bezahlbarem Wohnraum und einer solidarischen Sozialpolitik.  
811 Gleichzeitig streben wir eine sozial-ökologische Transformation mit einer  
812 aktiven Industriepolitik an, die Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit  
813 vereint. In Zeiten wachsender rechter Tendenzen treten wir entschieden  
814 gegen Rechts, gegen Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und  
815 Queerfeindlichkeit auf und setzen auf eine solidarische  
816 Krisenbewältigung. Unsere Programmentwicklung wird auf diese  
817 Kernziele ausgerichtet sein und durch gezielte Bildungsarbeit die  
818 Menschen befähigen, sich politisch zu orientieren und die  
819 Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

820

821 Und so machen wir uns gemeinsam auf dem Weg zu unserem höchsten Ziel:  
822 Das gute Leben für alle im Saarland zu erkämpfen!

824 **Begründung: Erfolgt mündlich**

825

826

827

828

829

830

831

832

833

834

835

836

837

838

839

840

841

842

843

844

845

846

847

848

849

850